

DIAS-Kommentar

Nr. 130 • Mai 2008

Ulrich Petersohn

Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)

Seit den 1990 Jahren haben private Akteure zunehmend an Bedeutung in der Sicherheitspolitik gewonnen. War dies vormals fast ausschließlich die Domäne des Staates, bieten PSF nun militärische Beratungen, Training und auch operative Dienste an. Diese global agierenden Unternehmen bewegen sich damit in einem Kernbereich des modernen Staates: dem Gewaltmonopol. Dieses beinhaltet nicht nur die direkte Kontrolle über die Streitkräfte und Polizei, sondern auch den Export von militärischen Dienstleistungen. Insbesondere in den USA, Großbritannien und Südafrika ist der Markt rasant gewachsen. Auch wenn in Deutschland kein vergleichbares Wachstum der Branche zu verzeichnen ist, haben die Meldungen über die Ausbildungshilfen eines deutschen PSF für libysche Sicherheitskräfte gezeigt, dass sich die Frage der Regulierung und Aufsicht auch hier stellt.

Was sind PSF und welche Probleme sind mit ihrer Existenz verbunden?

Private Sicherheitsunternehmen bieten ein breites Spektrum an Dienstleistungen an: Bereitstellung als auch Analyse von Informationen und Aufklärungsdaten; Beratung und Training von Streitkräften sowie der Polizei; Durchführung von operativen Aufgaben, wie der bewaffnete Schutz von Einrichtungen, Personen und Konvois, aber auch Geiselnbefreiung und Evakuierungsoperationen.^[i] Durch die Art der angebotenen Dienstleistungen, sind diese Firmen in der Lage Gewalt direkt einzusetzen oder signifikante Unterstützungsleistungen für Konfliktparteien zu erbringen. Dies kann sich in unterschiedlicher Weise auswirken. Durch das Anwerben eines PSF kann eine Konfliktpartei schnell militärische Kapazitäten aus- oder aufbauen und dadurch das Kräftegleichgewicht verändern. Auch hat die Existenz der Firmen Auswirkungen auf Abrüstungsanstrengungen. Abgebaute Streitkräfte können durch Expertise und Unterstützung von PSF in kürzester Zeit wieder hochgerüstet werden.^[ii] PSF können, kurzum, einen signifikanten Einfluss auf die Stabilität von Staaten oder ganzer Regionen nehmen. Weiterhin sind sie in der Lage die Politik ihres Heimatlandes zu unterlaufen. So könnte sich die Bundesregierung zum Beispiel in einer Situation wiederfinden, in der sie die Teilnahme an einem Konflikt ablehnt, deutsche PSF hingegen deutsches militärisches Know-How und ehemaliges Bundeswehrpersonal in die Kriegszone entsenden.^[iii] Ebenso könnte sich die Bundeswehr im Falle eines Auslandseinsatzes eines Tages Streitkräften gegenüber sehen, die durch deutsche PSF und ehemalige Bundeswehrangehörige ausgebildet wurden.

Der Deutsche Markt

Der deutsche Markt ist im Vergleich zu den USA oder Großbritannien sehr klein. Während es in den USA um die 50 PSF und in Großbritannien circa 30 Firmen gibt, existieren in Deutschland nur vier oder fünf. Auch sind die Firmen an sich wesentlich kleiner. Blackwater USA, einer der großen US-Anbieter, kann nach eigenen Angaben eine einsatzbereite Einheit in Battalionsstärke aufstellen und auf eine Datenbank von 14.000 Spezialisten zurückgreifen.^[iv] Deutsche PSF können nichts vergleichbares leisten. So geht die Größe der Datenbanken bei weitem nicht in die Tausende, sondern umfasst um die 100-150 Personen.^[v]

Die geringe Größe des deutschen Marktes und Firmen liegt keinesfalls an den Wachstumsraten der Branche insgesamt. Blackwater, Triple Canopy oder Aegis, zum Beispiel, waren vor dem Nachfragehoch im Irak entweder nicht existent oder ebenfalls kleine Unternehmen. Allerdings konnten die US und britischen Firmen mit mindestens zwei entscheidenden Wettbe

werbsvorteilen gegenüber ihren deutschen Konkurrenten in den Markt einsteigen: Erstens, in den USA und auch in Großbritannien existiert eine ausgeprägte Tradition Spezialkräfte zu unterhalten und diese auch im Ausland einzusetzen. Dies führt dazu, dass anders als in Deutschland ein großer Pool an erfahrem Personal für den privaten Markt zur Verfügung steht. Zweitens haben die deutschen PSF große Schwierigkeiten auf dem US-amerikanischen und britischen Markt Fuß zu fassen. Lukrative Regierungsaufträge des State Department oder Pentagons werden in der Regel nur an US-Firmen vergeben, in manchen Fällen auch nur an US-Bürger. In der Bundesrepublik existiert eine vergleichbare Nachfrage durch das Außenministerium oder die Bundeswehr nicht.

Regulierung von PSF

Trotz der geringen Größe des Marktes genügt jedoch eine einzige Firma um die Regierungspolitik zu unterlaufen und Wissen zu exportieren, wie das Beispiel Libyens zeigt. Eine staatliche Regulierung der Industrie kann solche Risiken minimieren. Allerdings sind von vornherein Grenzen gesetzt. So kann allenfalls das Handeln von Firmen einer gewissen Kontrolle unterzogen werden. Das Handeln von Einzelpersonen ist dadurch kaum zu erfassen. Das heißt, die Probleme der deutschen Söldner die zum Beispiel in den Kriegen auf den Balkan kämpften, ist auf diesem Wege so gut wie nicht zu regeln. Ebenso ist die Reichweite nationaler Ansätze begrenzt. Firmen können jederzeit ihren Sitz ins Ausland verlegen, um sich der Kontrolle zu entziehen.^[vi] Dies wird erleichtert, da das Kapital der Firmen nicht in ortsgebundenen Produktionsanlagen besteht, sondern in einer Datenbank oder einem Netzwerk von Spezialisten, die bei Bedarf angeworben werden.^[vii] Da allerdings die bestehenden internationalen Regelungen zur Kontrolle von PSF unzureichend sind und eine Koordinierung auf europäischer Ebene aufgrund der Interessenunterschiede kaum wahrscheinlich erscheint, bleibt kurzfristig nur der nationale Weg.

Der Schlüssel der nationalen Regierung liegt darin, das Kontrollinteresse des Staates mit Vorteilen für die PSF zu verbinden, um eine Abwanderung zu verhindern. Dem Kontrollinteresse wird durch ein dreigliedriges System am besten Rechnung getragen: erstens, eine Registrierung von Firmen und Lizenzierung von Verträgen; zweitens, ein Monitoringsystem, das Verstöße feststellt; drittens, ein Sanktionierungssystem, das im Falle der Verstößen greift. Der Vorteil einer solchen Regulierung liegt für die PSF im Reputationsgewinn durch die staatliche Anerkennung. Sie werden als legitime Unternehmen anerkannt und können sich von den Illegitimen abgrenzen. Solange das Regulationssystem sich nicht unverhältnismäßig auf die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen auswirkt, würde jede Flucht ins Ausland einer Selbstanzeige gleichkommen und sich umgehend in einer Beschädigung der Reputation auswirken.

Verbote werden dem Problem und dem Potential von PSF nicht gerecht

In der Regel bereiten die Dienstleistungen in denen PSF direkt Gewalt anwenden die größten Sorgen. Allerdings ist ein Verbot nicht der geeignete Weg dem Problem zu begegnen, wie das Beispiel Südafrika zeigt. Bereits 1998 hat Pretoria mit der Regulierung des PSF Marktes begonnen und den Foreign Military Assistance Act (FMAA) erlassen. Eine überarbeitete Fassung trat im Januar 2008 in Kraft.^[viii] Bereits in der Version von 1998 wurde jegliche direkte Beteiligung an Kampfhandlungen für den persönlichen Profit verboten und als Söldnertum definiert. Vor dem Hintergrund des humanitären Völkerrechts erscheint der Ausschluss von operativen Dienstleistungen auf den ersten Blick folgerichtig. Dem ersten Zusatzprotokoll der Genfer Konvention zufolge ist es nur Angehörigen staatlicher Streitkräfte erlaubt sich direkt an Kampfhandlungen zu beteiligen. Allerdings hat der FMAA eine wesentlich größere

Reichweite als die Regelungen des Völkerrechts. Diese verbieten nur eine direkte Beteiligung an Kampfhandlungen in internationalen, d.h. zwischenstaatlichen, Konflikten. Der FMAA hingegen schließt die Beteiligung in allen Konflikten aus. Das Verbot hat jedoch keine Kontrolle der Tätigkeiten gebracht. Einige südafrikanische Firmen haben ihren Sitz ins Ausland verlegt und nach wie vor bieten ca. 1000 südafrikanische Soldaten und Polizisten ihre Dienste im Irak an. Die Neufassung von 2008 geht sogar noch weiter als die Vorgängerversion von 1998 und definiert jegliche direkte als auch indirekte Beteiligung an Kampfhandlungen als Söldnertum.[\[ix\]](#) Je nach Auslegung ist ein solch weitgehendes Verbot dazu geeignet der gesamten PSF Branche in Südafrika die legale Grundlage zu entziehen und wird somit wahrscheinlich in weiteren Abwanderungen resultieren. Über die offensichtliche Unwirksamkeit nationaler Verbote hinaus sind diese auch deshalb nicht erstrebenswert, da sie den positiven Beiträgen, die PSF zur internationalen Sicherheit leisten können, nicht gerecht werden. Legitimen aber schwachen Regierungen wird so die Möglichkeit genommen Dienstleistungen, zur Ausbildung und direkten Unterstützung ihrer Sicherheitskräfte einzukaufen, wenn sie in innerstaatlichen Konflikten unter Druck geraten.[\[x\]](#) Ebenso macht ein solches Verbot es PSF fast unmöglich Schutzaufgaben für internationale Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen in Krisenregionen zu übernehmen. Selbst wenn diese grundsätzlich defensiv ausgerichtet sind, könnte dies als direkte Beteiligung an Kampfhandlungen gewertet werden.

Ein Verbot operativer Aufgaben sollte somit nicht weiter gehen als die völkerrechtlichen Regelungen es erfordern. In internationalen Konflikten bleibt daher eine direkte Beteiligung an Kampfhandlungen durch PSF (solange sie nicht Teil staatlicher Streitkräften sind) ausgeschlossen. Alle anderen Tätigkeiten sollten keinem generellen Verbot unterliegen, allerdings von der Regierung kontrolliert werden.

Registrierungs- und Lizenzierungspflicht

Eine Registrierung- und Lizenzierungspflicht bringt sowohl Vorteile für die Regierung, als auch für die Firmen. Die Registrierung von Firmen macht den Markt für die Regierung transparenter. Grundlegende Informationen über Art der angebotenen Dienstleistungen und Umfang des Marktes sind dadurch verfügbar. Des Weiteren verbindet sich mit einer Registrierungspflicht eine Möglichkeit zur Steuerung. Die Regierung kann Standards in Bezug auf Professionalität, Transparenz und Training des Personals als Vorbedingung für eine Registrierung erheben.[\[xi\]](#) Die Steuerungsfähigkeit kann durch die Etablierung eines Lizenzierungssystems für einzelne Verträge noch weiter ausgebaut werden. Den Behörden wird es so ermöglicht von Fall zu Fall zu entscheiden ob ein Export an wen zulässig ist.[\[xii\]](#) Der Vorteil für die Firmen liegt im bereits erwähnten Reputationsgewinn. Sie können darauf verweisen, dass sie von der Regierung aufgestellte Standards erfüllen und erhalten somit eine Art Gütesiegel.

Allerdings kann auch das Registrierungs- und Lizenzsystem zu einer Abwanderung von Firmen führen, wenn dadurch die Wettbewerbsfähigkeit unverhältnismäßig einschränkt wird. Grundsätzlich lässt sich nicht verhindern, dass mit einer Lizenzierungspflicht von Verträgen Nachteile bei der Bewerbung um Ausschreibungen von fremden Regierungen verbunden sind. In einigen Fällen dürfte es nicht im Interesse des Kunden sein Art und Umfang der Dienstleistungen bekannt zu geben, da sie die nationale Sicherheit berühren. Eine Meldepflicht könnte somit zur Disqualifikation des Bewerbers führen.[\[xiii\]](#)

Unabhängig davon um welchen Auftrag sich die PSF bewerben ist jedoch ein schlankes und effizientes Lizenzierungssystem notwendig, damit keine langen Wartezeiten bei der Vergabe

entstehen. Diese würden einen der entscheidenden Vorteile von PSF zunichte machen. Kunden fragen die Dienstleistungen von PSF häufig in Krisensituationen nach in denen eine schnelle Reaktion entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg ist. Könnten PSF ihre Dienstleistungen, durch lange Lizenzierungsprozeduren gehindert, nicht mehr schnell weltweit zur Verfügung stellen, würde dies einen erheblichen Wettbewerbsnachteil bedeuten.[\[xiv\]](#) Insbesondere bei kleinen Firmen, wie sie auf dem deutschen Markt zu finden sind, kann dies sogar existenzielle Probleme hervorrufen, wenn die Firmen die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Überbrückung der Wartezeit aufbringen müssten.

Eine häufig diskutierte Möglichkeit der Vereinfachung von Lizenzverfahren ist, bestimmte Tätigkeiten vorab zu genehmigen. Es dürften dann natürlich nur die lizenzierten Dienstleistungen angeboten werden. Problematisch ist dabei allerdings, dass sich das Anforderungsprofil in einem laufenden Einsatz ändern kann und dann unintendiert ein Lizenzverstoß auftritt oder eine neue Lizenz in einem laufenden Einsatz beantragt werden muss. Ebenso besteht für die Regierung kaum eine Möglichkeit zu kontrollieren wohin und an wen die Dienstleistungen exportiert werden.

Eine bessere Möglichkeit die Gefahr von Verzögerungen zu minimieren und eine Kontrolle über den Export zu gewährleisten sind Vorabgenehmigungen bestimmter Dienstleistungen in bestimmte Länder und Regionen. In den USA müssen beispielsweise Verträge zwischen PSF und NATO Partnern nicht nochmals einen internen Begutachtungsprozess durch die Behörden durchlaufen.[\[xv\]](#) Diesem Modell folgend, könnten im Falle Deutschlands alle Aufträge, die zwischen deutschen PSF und NATO oder EU-Mitgliedern, sowie mit Internationalen Organisationen geschlossen werden, vorab genehmigt werden oder einem sehr verkürzten Verfahren unterliegen. Ergänzend könnte eine Negativliste von “states of concern” und Embargoländern ausgegeben werden, in die unter keinen Umständen Exporte erlaubt werden.[\[xvi\]](#)

Monitoringsystem

Da der Staat durch eine Registrierung und Lizenzierung, den Firmen eine Form von Legitimität verleiht ist die Errichtung eines Monitoringsystems dringend erforderlich, das in der Lage ist Verstöße auch im Ausland festzustellen. In den USA hingegen ist seinerzeit keine Behörde für solche Aufgaben geschaffen worden. Die Überwachung wird teilweise durch die örtliche Botschaft in ihrem Alltagsgeschäft mit übernommen.[\[xvii\]](#) Obwohl es nahe liegt Militärattachés aufgrund ihrer Expertise mit der Aufsicht zu betrauen, können dadurch Interessenkonflikte entstehen. Nicht selten kommt es vor, dass hochrangige pensionierte Militärs in die private Wirtschaft wechseln und dann von ehemalige Untergeben überwacht werden.[\[xviii\]](#) Dies dürfte im deutschen Fall momentan noch kein Problem sein. Dennoch könnte, um dem Problem vorzubeugen, von vornherein entsprechend geschultes Personal des Außenministeriums diese Aufgabe übernehmen. Weiterhin zeigt die Überbelastung des Personals im US-Fall, dass eine Anpassung des Personals an die Anzahl und den Umfang der im Land tätigen PSF notwendig ist, um eine effektive Überwachung zu gewährleisten. Dies kann jedoch zusätzliche finanzielle Belastungen hervorrufen und zu höheren Personalanforderungen führen.

In jedem Fall sollte flankierend eine Praxis der Selbstverpflichtung der PSF gefördert werden. Die Regierung könnte an diesem Prozess partizipieren und die Genfer Konvention, die UN „Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials“ und die „Voluntary Principles on Security and Human Rights“ zur Grundlage eines freiwilligen „Codes of Conduct“ machen. Der Vorteil dabei ist, dass es schon zahlreiche Nichtregierungs

organisationen gibt, die das Verhalten von Akteuren auf diese Standards hin überprüfen und beobachten. Diese könnten somit in ein Überwachungsregime eingebunden werden.

Sanktionssystem

Die wichtige dritte Säule der Regulierung von PSF ist ein Sanktionssystem, das sowohl bei Lizenzverstößen, als auch bei Straftaten greift. Ausgereifte Sanktionssysteme sind weder in den USA noch in Südafrika zu finden. Die Notwendigkeit Regelungen einen effektiven Sanktionsapparat zur Seite zu stellen zeigt sich allerdings am Falle Südafrikas. Trotz der vorangeschrittenen Regulierung sind einige der dort ansässigen Firmen ohne Lizenz im Irak tätig, ohne dass sie bisher dafür belangt wurden. Eine erste Antwort, wie ein Sanktionssystem aussehen kann findet sich in den USA. Dort wurde die Möglichkeit geschaffen den „Military Extraterritorial Jurisdictional Act“ und der „Uniform Code of Military Justice“ auf private Dienstleister anzuwenden, wenn diese Straftaten begehen.^[xix] Allerdings sind so nur Dienstleister erfasst, die für das Militär arbeiten. Andere unterfallen diesen Regelungen nicht. Unabhängig von den Mängeln, erscheint der eingeschlagene Weg richtig: ein System der extraterritorialen Strafverfolgung zur Kontrolle von PSF zu schaffen.^[xx] Sanktionen für Lizenzverstöße und persönliche Konsequenzen für kriminelle Handlungen müssen ein essenzieller Bestandteil des Kontrollregimes für PSF sein.

Fazit

Auch wenn eine solch extensives Wachstum der PSF-Branche wie in den USA, Großbritannien und Südafrika in Deutschland nicht zu erwarten ist, so ist Regulierung dennoch notwendig. Insbesondere da der Markt in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt, bietet sich dem Staat die Möglichkeit frühzeitig Standards etablieren, die die Entwicklung in die gewünschten Bahnen lenken. Dies sichert eine bessere Kontrolle der gesamten Industrie und ermöglicht es bei Bedarf selbst auf einen Pool von Firmen zurückgreifen zu können, die die gesetzten Standards erfüllen.

Zum Autor:

Dr. Ulrich Petersohn, Fritz-Thyssen Fellow, Weatherhead Center for International Affairs, Harvard University

^[i] Peter W. Singer, *Corporate Warriors*, Ithaca/London 2003.

^[ii] Ibid, S. 174-176.

^[iii] Dies ist in Chile im Zuge des Irak-Krieges so geschehen. Die chilenische Regierung hatte sich gegen den Krieg ausgesprochen. Blackwater warb dennoch ehemalige chilenische Kommadosoldaten für den Dienst im Irak an.

^[iv] Bill Sizemore, Blackwater to open facility in California, Philippines, Virginia Pilot, 16 Mai 2006, <hamptonroads.com/node/102291>.

- [v] Vertrauliches Interview.
- [vi] Christopher Kinsey, *Corporate Soldiers and International Security*, London/ New York 2006, S. 142.
- [vii] Ibid., S. 20.
- [viii] Len le Roux, *South African Mercenary Legislation Enacted*, 21 January 2008, <www.issafrica.org/>.
- [ix] Sarah Percy, *Regulating the Private Security Industry*, London: International Institute for Strategic Studies, 2006 (Adelphi Paper 348), S. 30.
- [x] Fred Schreier/Marina Caparini, *Privatising Security: Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies*, Genf 2005, S. 119.
- [xi] Schreiner/ Caparini, »Private Security«, [wie Fn. 10], S. 125.
- [xii] In den USA werden Lizenzanträge im Außenministerium im Büro für Rüstungsexportkontrolle und die Botschaft vor Ort bearbeitet. Der Kongress muss nur bei Verträgen, die einen Wert von US\$ 50 Mio. überschreiten informiert werden. In Südafrika hingegen kontrolliert das Verteidigungsministerium in Konsultation mit dem Nationalen Rüstungskontrollkomitee die Vergabe.
- [xiii] Schreiner/ Caparini, »Private Security«, [wie Fn. 10], S. 122.
- [xiv] Foreign and Commonwealth Office, *Private Military Companies: Options for Regulations*, The Green Paper, London: Stationery Office, 2002, S. 24.
- [xv] Kinsey, »Corporate«, [wie in Fn. 7], S. 145.
- [xvi] Schreiner/ Caparini, »Private Security«, [wie Fn. 10], S. 123.
- [xvii] Anders sieht dies bei Aufträgen durch die Streitkräfte aus.
- [xviii] Singer, *Corporate Warrior*, [wie in Fn. 1], S. 153-154.
- [xix] Peter Singer, *Frequently Asked Questions on the UCMJ Change and its Applicability on Private Military Contractors*, 12. Januar 2007, <www.brookings.edu/opinions/2007/0112defenseindustry_singer.aspx>.
- [xx] Percy, »Regulating«, [wie Fn. 9], S. 37.

DIAS-Kommentare

- | | | |
|----|--|--------------------|
| 1 | Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror | 29. April 2003 |
| 2 | Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship | 17. Juni 2003 |
| 3 | Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak | 17. Juni 2003 |
| 4 | Panagiotis Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein | 18. Juli 2003 |
| 5 | Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative | 19. Juli 2003 |
| 6 | Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen | 11. September 2003 |
| 7 | Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen | 21. September 2003 |
| 8 | Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce | 21. September 2003 |
| 9 | Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation | 10. Oktober 2003 |
| 10 | Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines | 12. Oktober 2003 |
| 11 | Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift | 22. Oktober 2003 |
| 12 | Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th | 09. November 2003 |
| 13 | Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War | 15. November 2003 |
| 14 | Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? | 15. November 2003 |
| 15 | Panagiotis Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung | 21. November 2003 |
| 16 | Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? | 21. November 2003 |
| 17 | Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? | 29. November 2003 |
| 18 | Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung | 29. November 2003 |
| 19 | Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung | 11. Dezember 2003 |

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155 jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarken, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiotis Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismus-politik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehez Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht sich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtensystems der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehé Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehé Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehé Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenrad A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU- Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008

129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008
130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira-Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idass?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 149 | Christopher Radler
Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idas | 28. Oktober 2009 |
| 150 | Rana Deep Islam
Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby
Devil gas takes blame for death and taxes | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen
Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt | 15. Januar 2010 |

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org